

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 11. Juli 2016

Entschließungsantrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, betreffend der Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland.

Begründung:

Invasive gebietsfremde Arten sind Pflanzen und Tiere die eingeschleppt wurden, sich massiv ausbreiten und dadurch Schäden anrichten. Sie stören die Biodiversität, bedrohen heimische Naturräume und richten Schäden in Forst- und Landwirtschaft an. Einige Arten können auch die menschliche Gesundheit bedrohen. Zu diesen Pflanzen gehören der Götterbaum, der Japanische Staudenknöterich, das Drüsige (Himalaya) Springkraut, Ragweed und andere. Bei den Tieren sei hier die Rotwangenschmuckschildkröte, die oft ausgesetzt wird, erwähnt. Durch den Klimawandel breitet sich obendrein so manche wärmeliebende Art vermehrt aus.

Im Forstbetrieb des Truppenübungsplatzes Bruckneudorf etwa stellt der Götterbaum ein großes Problem dar, welches bereits auch finanzielle Belastungen mit sich bringt.

Die EU hat die Problematik bereits erkannt und durch die Verordnung Nr. 1143/2014 Maßnahmen dazu beschlossen. Leider werden durch Unkenntnis diese Pflanzen immer noch vermehrt und zu wenig bekämpft. Es braucht daher einen landesweiten Plan, um der Ausbreitung dieser Pflanzen entgegenzuwirken und die Bevölkerung über die Gefahr, die solche invasiven Pflanzen- und Tierarten mit sich bringen, zu informieren.

Daher bedarf es

- Broschüren und Handlungsleitfäden für Gemeinden und ihre MitarbeiterInnen, LandwirtInnen, FörsterInnen und Vereine, sowie für Privatpersonen. Diese enthalten einfache Anleitungen zur Erkennung und wirksamen Bekämpfung und Entsorgung der einzelnen Neophytenarten, die Probleme schaffen. Dadurch wird eine gezielte

Vorgehensweise ermöglicht.

- Fortbildungskurse für GemeindemitarbeiterInnen, Land- und ForstwirtInnen, Vereinsmitglieder und Privatpersonen.
- Aktionstage/Aktionswochen, die von zentraler Stelle koordiniert und beworben und in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Vereinen, Kammern usw. durchgeführt werden.

- Öffentlichkeitsarbeit zur Bewusstseinsbildung, Information und Einbindung der Bevölkerung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Burgenländische Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die EU-Verordnung Nr. 1143/2014 umzusetzen.
2. gemeinsam mit der Umweltschutzbehörde und den betroffenen Interessenverbänden einen landesweiten Aktionsplan zu erstellen und umzusetzen, mit dem Ziel, invasive Pflanzen- und Tierarten massiv einzudämmen.